

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 17

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Spaltung zwischen Macht und Volk ist tief. Während der jahrzehntelangen Herrschaft des Staatssozialismus haben sich die Ungerechtigkeiten so angehäuft, dass es schwer verständlich ist, wie Staat und Gesellschaft auch nur koexistieren können. Und was für uns überwältigend ist: In Polen fühlt sich der einzelne gegenüber den Inhabern der Macht nie einsam und verlassen; die Nation verbindet. Der einzelne ist in gesellschaftliche Zusammenhänge von grosser Komplexität gebettet; er ist Mitglied von kulturellen Gemeinden und organisatorischen Zusammenschlüssen; er hat verlässliche Strukturen um sich ausserhalb der Amtlichkeit. Niemand ist allein dem Moloch ausgeliefert. Immer findet sich eine Gruppe, die so oder anders Solidarität vermittelt, und diese Solidarität wird auch vom einzelnen zurückerstattet.

So entstehen soziale Bindungen anderer Art als bei uns, wo die Wehrlosigkeit gegenüber dem Staat das Individuum kennzeichnet. Den Unterschied spürt man sofort, wenn man in Polen ankommt.

In Polen hat man weniger Angst und mehr Würde als bei uns. Sogar unter dem Kriegerecht war es dort mit der geistigen Freiheit besser bestellt als in jenen andern Ländern, die ein gemeinsames Schicksal historisch verbunden hat. Ja, der Staatssozialismus ist durchaus ein Schicksal. Man kann mit ihm hadern oder es zu ändern suchen, aber kann man ihm entrinnen?

Indessen hat der polnische Typus der gesellschaftlichen Solidarität auch ihre Kehrseite. Man merkt sie nicht sofort, aber sie besteht.

Der Gegensatz zwischen Staatsmacht und Gesellschaft ist so allbestimmend, dass man weder hüben noch drüben dazu kommt, die bestehenden Gegensätze im jeweils eigenen Lager geistig auszutragen. Ein Beispiel: Die vielen Freidenker in Polen hätten der Kirche sicherlich allerhand vorzuhalten. Aber es liegt ihnen nichts daran, irgendetwas davon vernehmlich auszusprechen. «Wir wissen, wem wir unsere heutige Freiheit zu verdanken haben», sagte uns der Redaktor einer unabhängigen Warschauer Zeitschrift, «und überhaupt würden unsere Leser eine diesbezügliche Kritik weder akzeptieren noch verstehen.» Seinen Worten lässt sich entnehmen, dass die grosse Mehrheit davon überzeugt ist, nur ein guter Katholik könne auch ein guter Pole sein. Wie aber fühlt man sich dann als polnischer Atheist?

Wer mag Michnik oder Kuron kritisieren?

Ein anderes Beispiel für das gleiche Solidaritätsproblem: Wie könnte man als oppositioneller Pole etwa die Dissidenten Adam Michnik oder Jacek Kuron kritisieren? Sie kommen in den offiziellen Medien nicht zu Wort, werden aber von diesen unangehört verdammt. Das löst auf der andern Seite natürlicherweise zugunsten der Opfer solcher Ungerechtigkeit einen Gutheissungs-

reflex aus, der wiederum auf kritische Unterscheidungen verzichtet. Man hält automatisch zusammen.

Die Verlässlichkeit gesellschaftlicher Bindungen ist im polnischen Leben eine bemerkenswerte Eigenschaft, ein Wert, den wir möglicherweise endgültig verloren haben. In Polen aber haben ihn keine politischen Stürme und Gewitter auszulöschen vermocht.

Aus dieser Gegebenheit hat sich ein für uns zunächst unverständliches Regelwerk im Umgang der Gegenspieler untereinander entwickelt. Beide Seiten halten sich an ungeschriebene Grundsätze sowie an Toleranzwerte, die der sowjetischen Gesellschaft unzugänglich bleiben. Als zum Beispiel übereifrige Sicherheitsdienstleute 1984 auf eigene Faust den Priester Popieluszko bestialisch umbrachten, reagierte der Staat selbst entschlossen und bestrafte die Mörder.

Oder: 1987 wurden im Rahmen einer Amnestie praktisch sämtliche politischen Gefangenen freigelassen. Zum Vergleich: In der gesamten Geschichte der UdSSR hat es keine einzige Amnestie für politische Gefangene gegeben.

Selbstverständlich heisst das nicht, dass Polen etwa gewaltfrei sei. Man begegnet der Gewalt durchaus auf der Strasse bei Demonstrationen oder am Arbeitsplatz bei Streikaktionen, weil es noch keine legalen Konfliktlösungen und vorhandene Schlichtungsmechanismen gibt. Indessen gibt es in der polnischen Gemeinschaft den Begriff des Konflikts jenseits der Gewaltanwendung schon längst als Normalität. Man wird kaum einen Polen finden, der verlangen würde, mit Streikenden so abzurechnen als seien sie Verräter im Dienste fremder Spionagedienste; so etwas bleibt den Leserbriefautoren in unserer zentralen Presse vorbehalten.

Die oppositionell eingestellte Intelligenzija der Polen verblüfft aber ihrerseits durch eine oft mythische und wirklichkeitsfremde Denkweise. «Die Nöte sind so gross, dass die Roten sie niemals überwinden können, aber wenn wir an die Macht kommen, werden sich die Probleme von selbst lösen. Der Westen überschwemmt uns dann mit Krediten, und wir kriegen bald auch unsern angemessenen Platz in Europa.» Solche Vorstellungen gibt es ungefähr, oder gab es sie jedenfalls. Aus der revolutionären Periode von 1980/81 ist folgende Aussage sogar von

CH-RUBRIK

Korpskommandant Lüthy in Polen

In der juristischen Fachpresse Polens ist ein schweizerischer Armeevertreter vorteilhaft zu Wort gekommen.

Den Besuch des schweizerischen Generalstabschefs Eugen Lüthy in Polen hat Janusz Tycner, Auslandsredaktor der perestrojkafreundlichen Wochenzeitung der polnischen Juristen, «Prawo i Zycie» (Recht und Leben), für ein Interview benützt (5. 8. 1989).

Die gestellten Fragen zeigen deutlich, welche Beachtung im Ausland die Kontroversen finden, welche in der Schweiz von einer Seite des politischen Spektrums immer wieder über Armee und Gesamtverteidigung entfacht werden, und wie diese das Ansehen der Schweiz und das internationale Vertrauen in den schweizerischen Neutralitäts- und Selbstbehauptungswillen berühren.

So beginnt das Interview mit einer Frage über die Armee-Abschaffung, und anschliessend folgt eine Frage über den Armee-Einsatz in Genf 1932. Dann geht es über zum Verhältnis der Armee zur Wirtschaft, die laufend den militärischen Dienstleistungen ihrer Arbeitskräfte Rechnung tragen muss.

Nächstes Thema sind «die immer zahlreicheren Presseberichte» über die von der Armee verursachten Land- und Lärmschäden. Selbstverständlich kommt auch «der Karabiner in jedem Schrank» zur Sprache, wie denn auch dieses Motiv in der Überschrift zum halbseitigen Interview zum Ausdruck kommt. Am Schluss findet sich die Frage, warum die Schweiz bei der gegenwärtigen Entspannung weiterhin gerüstet bleibt und warum Dienstverweigerer verurteilt werden.

Dem befragten schweizerischen Korpskommandanten darf das Kompliment gemacht werden, dass er der Mentalität des Fragestellers und der Leserschaft von «Prawo i Zycie» gerecht geworden ist und geschickt geantwortet hat. Die von ihm angeführten Argumente sind in der Schweiz schon bekannt, aber wiederholenswert sind doch seine Antworten auf die beiden letzten Fragen: Wir wissen nicht, wie lange die gegenwärtige Entspannungsphase dauert, aber wir wissen, dass sich eine Armee nicht innert zweier Jahre improvisieren lässt. Die Dienstverweigerer werden aufgrund demokratisch entstandener Gesetze beurteilt und gegebenenfalls verurteilt.

Max Keller



Karikatur aus «Szpilki», Warschau, Nr. 32/1989

Lech Walesa überliefert: «Wir werden Polen in ein zweites Japan umwandeln.» Heute lässt sich die Solidarnosc nicht gerne daran erinnern.

Tatsächlich üben die ungelösten Probleme des täglichen Lebens einen so starken und immer noch steigenden Druck aus, dass die ideologischen Vorstellungen auf beiden Seiten zusammenbrechen. Die Machthaber sind ausserstande, ohne die Mitarbeit der Opposition auch nur ein einziges Problem zu lösen, aber auch die Opposition kann nichts machen, wenn die Obrigkeit nicht mitmacht.

Jacek Kuron, ein herausragender Intellektueller der Solidarnosc, definiert Macht und Ohnmacht der Opposition so: «Wir haben alle Ziele erreicht, die wir uns in der Mitte der siebziger Jahre gestellt hatten. Wir haben institutionalisierte Strukturen für eine Gesellschaft mündiger Staatsbürger errichtet. Wir haben die Grenzen der Freiheit ausgedehnt. Wir geben Hunderte von unabhängigen Publikationen heraus, und wir haben freie Universitäten. Das alles ist erreicht. Bei alledem aber sind wir nicht in der Lage, dem Land zu geben, was es braucht. Wir können keine Eisenbahnlinie bauen, wir können kein Geld in den Wohnungsbau oder in die Landwirtschaft lenken.»

Die Opposition steckt im Dilemma zwischen ihrer Moral und ihrer Politik. Sie hat Jahrzehnte von Verfolgung, Verleumdung und Blutvergiessen hinter sich. Das alles bildet

eine Barriere zwischen ihr und den Machthabern. Sie jetzt zu überwinden, braucht mehr Zivilcourage als der Gang ins Gefängnis aus weltanschaulicher Rechthaberei. Schon rein menschlich fällt die Entscheidung schwer.

Im Dezember 1981 hätte im Polytechnikum von Wroclaw ein Forum mit allen damals in Polen aktiven politischen Gruppierungen stattfinden sollen. Der sogenannte Militärputsch vom 13. Dezember 1981, ein dramatisches und blutiges Geschehen, verhinderte das Vorhaben. So wurde der Dialog unterbrochen. Jetzt, nach sieben Jahren, ist er wieder aufgenommen worden.

«Wie kann man den Dialog mit einer Partei führen, die gewaltsam die Macht erobert hat und noch immer mit Waffengewalt an ihr festhält?» So fragte ein Dozent, Leiter einer regionalen Solidarnosc-Sektion. «Solange die Partei auf ihrem Monopol der Macht beharrt, ist ein Kompromiss unmöglich; wir haben nichts vergessen und nichts verziehen. Nur ist der unmögliche Kompromiss auch unumgänglich. Sonst stehen wir vor der Alternative, entweder auszuwandern oder zu schiessen.»

Solche Gedanken auf dem Hintergrund der harten Tage vom Dezember 1981 geben uns eine Vorstellung vom Gewissenskonflikt in der Opposition. «Wir sind einfach zum nationalen Kompromiss verdammt», sagt Lech Walesa.

BRIEFE

Siebenbürgen

Zu einer Darstellung der Siebenbürgenfrage aus Budapest (Nr. 12/1989) haben wir in der letzten Nummer eine Entgegnung aus Bukarest veröffentlicht. Diese hat ihrerseits Widerspruch ausgelöst. Wir bringen eine Zuschrift.

Mit Aufmerksamkeit habe ich den Beitrag «Unser Transsilvanien» in Ihrer Nummer 16 gelesen. Die Behauptungen von Dr. Ilie widersprechen in fast allen Punkten der historischen Wahrheit. Freilich tut der Historiker aus Bukarest nur das, was auch sein Conducatorul Ceausescu seit Jahrzehnten betreibt: Geschichtsklitterung. Die Geschichtswissenschaft wird dabei in den Dienst der chauvinistischen Politik Rumäniens gestellt. Ich gestatte mir hierzu drei Bemerkungen:

1. Rumänien existiert als eigener Nationalstaat erst seit dem 19. Jahrhundert. Als Teil des Römischen Reiches beziehungsweise als Provinz der Daker sind die Wallachen (nicht die Rumänen) im 1. Jahrhundert geschichtskundig geworden. Nachdem sich die Römer zu Beginn des 5. Jahrhunderts endgültig zurückgezogen hatten, blieb die Region, von Nomaden durchzogen und von benachbarten Fürsten beansprucht, sieben Jahrhunderte lang ohne eigene Staatsstrukturen.

2. Das Gebiet, das auf deutsch Siebenbürgen, auf ungarisch Erdély und auf rumänisch Transsilvanien heisst, wurde im 11. Jahrhundert von Ungarn erobert. Als infolge des Türkensturms von 1541 das mittelalterliche ungarische Königreich als solches unterging, wurde Siebenbürgen zur Wiege des künftigen Ungarn. Die Grossfürsten von Siebenbürgen waren alle Ungarn und trugen denn auch Namen wie Apafi, Rakoczy, Bethlen oder Bocskay. Sie sprachen ungarisch und handelten im Interesse von Ungarn.

3. Über Rumäniens Teilnahme am 2. Weltkrieg als Verbündeter Hitlers will der Bukarester Historiker nichts wissen. Rumänien

steuerte nicht weniger als 25 Divisionen zum deutschen Ostfeldzug bei und wurde dafür (wie sonst kein nationalsozialistischer Vasallenstaat) reichlich mit sowjetischem Territorium (Odessa und Umgebung) belohnt. Nach ihrem Frontwechsel erhielten die Rumänen 1944 Nordsiebenbürgen deswegen als sowjetisches Geschenk, weil Stalin ihnen Bessarabien abgenommen hatte.

Über den von Dr. Ilie behandelten Stoff hinaus möchte ich noch etwas über die Lage der Minderheiten in Rumänien sagen. Die Ungaren sind nicht die Feinde des rumänischen Volkes. Die beiden nichtslawischen Nationen der Region wären sogar direkt dafür prädestiniert, gute und ehrliche Freunde zu werden. Gerade in dieser Hinsicht ist es nötig, die Vergangenheit der beiden Völker und Nationen ohne Ressentiments und ohne Geschichtsfälschung darzustellen, um von da aus eine Brücke zu einer gemeinsamen Zukunft zu bauen. Leider fördern nationalgetrimmte Zweckberichte wie der von Dr. Ilie nicht das Verständnis zwischen den beiden Gemeinschaften, sondern Unverständnis und Hass.

Adalbert H. Kovacs, zurzeit in Bern

Das Drama der Machthaber

Nicht weniger dramatisch ist das Dilemma für die Machthaber. Schon die Tatsache, dass man mit der Gegenseite nun Verhandlungen führt, bedeutet die faktische Anerkennung eines politischen Pluralismus. Den Dialog hatte man in vergangenen Jahrzehnten immer nur umständehalber als Provisorium geführt. Kein Wunder, dass schon der blosser Gedanke an einen realen Kompromiss in den Reihen der Parteifunktionäre auf scharfen Widerspruch gestossen ist.

Doch in den gleichen Reihen der Partei finden sich auch Leute, die von der polnischen Kultur geprägt sind. Sie steuern unbeschadet ihrer eigenen Privilegien und ihrer ideologischen Phraseologie den allgemeinen Bürgerfrieden an. Anders würden die angehäuften Widersprüche das Land in Asche kehren.

Am Bürgerfrieden sind die «Weissen» und die «Roten» interessiert. Da müssten die beiden Farben der polnischen Nationalfahne heute besser koexistieren als in der bisherigen Geschichte.

Welchem Verhalten begegnet ein russischer Intellektueller, der nach Polen kommt? Man ist auf einen antirussischen Nationalismus gefasst, auf eine Art Russophobie, und tatsächlich wird dergleichen da und dort auch spürbar. Eine Frage: «Wann bricht euer Reich zusammen?» Eine nächste Frage: «Bedeutet die Perestrojka eine Demontage oder eine Remontage des Imperiums?»

Neu aber ist das grosse Interesse an Russland selbst, an unsern inneren Problemen. Und immer wieder der gleiche Gedanke: «Von eurem Erfolg hängt unser Schicksal ab.» Ja, die Ironie der Geschichte. Noch im Jahre 1981, als bei uns noch nichts im Tun war, hatten wir uns vom Erfolg der Solidarnosc das Ende der Breschnewschen Stagnationsperiode erhofft.

Eine Begegnung mit Kuron und Michnik, zwei «Antikommunisten» laut Darstellung der offiziellen Propaganda. Sie wetteifern in der Lektüre der sowjetischen Presse, und ich kann offenbar nicht mithalten. Man zieht den Vergleich zwischen den sowjetischen

und polnischen Publikationen. «Ihr habt es insofern besser in der UdSSR, als ihr nicht auf uns Polen schauen müsst, wenn ihr etwas schreibt. Wir aber müssen sehr wohl auf euch schauen.» So ganz genau stimmt das eigentlich schon nicht mehr. Wenn wir keine Rücksicht auf die Interessen der jetzigen tschechoslowakischen Führung hätten nehmen müssen, würde unsere Presse des 21. August 1968 ganz anders gedacht haben.

Tatsächlich sind wir alle von der gleichen Kette gefesselt. Gemeinsam ist uns unser historisches Schicksal, dem wir nicht entfliehen können, auch nicht durch Leugnung. Ein Aphorismus von Stanislaw Jerzy Lec: «Alle Handschellen dieser Erde bilden eine Kette.»

Die polnischen Aufständischen gegen Russland von 1863/64 hatten auf ihre Fahne geschrieben: «Für unsere und eure Freiheit». Ein kurzes Wort; lang ist nur der Weg zu unsern Herzen. Und er ist verstellte durch die Leichen der Opfer, durch nationale Komplexe und imperiale Schimären.

Als ich kurz vor dem 13. Dezember 1981 in einer netten Moskauer Runde einen Trinkspruch «auf Polen» ausbrachte, weigerte sich einer der Kollegen, ein Arbeiter in den Flugzeugwerken, da mitzutun. «Dort» sagte er, «liegen 600 000 unserer Soldaten begraben. Und zum Dank dafür werden die Polen jetzt frech und suchen von uns loszukommen.» Als gehöre jedes Land, in welchem einmal sowjetische Soldaten ihr Leben verloren, rechtens uns für alle Zeiten; ein imperialer Mythos.

Die eine Chance nicht verlieren

Seit einigen Jahren hat sich bei uns viel verändert. Sind wir von alleine mündig geworden, oder hat uns «Afghanistan» die Augen geöffnet, das vergossene Blut und das Gefühl der Schande? Man trifft heute nicht mehr so oft auf Leute, die es schade finden, wenn unser Imperium zusammenbricht.

Unsere Aussenpolitik ist heute ein Teil unserer eigenen Innenpolitik geworden. Wir wollen unsere Militärs nicht mehr unsern Nachbarn zu «Hilfe» schicken, wenn wir Einsatzprobleme auf unserm eigenen Territorium haben. Sich selbst zu helfen, ist schwieriger.

Trotz aller Schwierigkeiten ist die Zeit der schönen Worte bei uns angebrochen. Und vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte sind die Kontrastseiten der slawischen Welt, Russland und Polen, durch gemeinsame gesellschaftliche Prozesse zusammengedrückt.

Für wie lange? Das weiss niemand. Aber es wäre verbrecherisch, die Chance nicht zu nutzen. Sicher ist nicht alles Gold, was glänzt. In Polen gibt es bei der Intelligenzija auch eine russophile Haltung im positiven Sinn des Wortes, doch an der Basis dominiert das traditionelle Bild mit seinen Klischees: «Russland ist unser Feind; Russland bedroht uns immer.»

Dort an der Basis ist auch der Antisemitismus nicht verschwunden, und wenn man auf eine vermeintlich russophile Einstellung trifft, kann sich der Zusammenhang als erschreckend herausstellen: «Wir Polen brauchen den grossrussischen Nationalismus eigentlich nicht zu fürchten, ist er doch unser Bundesgenosse gegen unsere Erbfeinde, die Ukrainer, die Weissrussen, die Litauer. . .»

Indessen sind das nur die Schattenseiten einer bei weitem helleren Hauptsache. Die Perestrojka in der UdSSR hat den Polen einen Weg aus der Sackgasse geöffnet, in der es nur die Dunkelheit blinder Konfrontation gab. Heute haben die Polen vielleicht noch vor uns die Chance, zum innern Frieden zu kommen. ■

Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen
Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91
Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.—
Einzelnnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland Europa + Mittelmeerlande

Jahresabonnement sFr. 57.—/DM 68.—
Luftpost sFr. 62.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 36.—/DM 43.—
Einzelnnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.—

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

ALLTAG DRÜBEN

DDR

In den DDR-Städten schiessen Interessengemeinschaften, die sich unter dem Dach des Kulturbundes für spezielle Belange des Natur- und Umweltschutzes einsetzen, fast wie Pilze aus dem Boden. Allerdings macht sich in den Gruppen oft sehr schnell Ernüchterung breit, weil ihr Engagement mit bürokratischen Hürden kollidiert oder auf unüberwindliche Grenzen stösst.

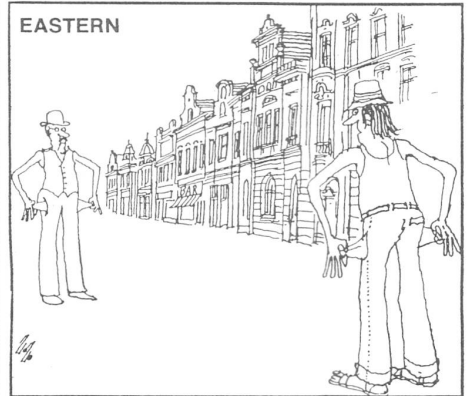
Ein Beispiel dafür ist die vor einem Jahr in Weimar gegründete Interessengemeinschaft «Stadtgrün». Die Baumfreunde der Klassikerstadt wollen nach eigenen Angaben durch Neupflanzungen Zeichen setzen: «Unsere Stadt wirkt nur so grün, weil sie den herrlichen Park und einige andere Oasen hat, aber sonst sieht es mit Bäumen sehr, sehr dünn aus», erklärt der Landschaftsarchitekt und Leiter der Interessengemeinschaft, Thomas Bleicher.

Dennoch sind die Baumfreunde manchmal schier am Verzweifeln: «Sie glauben gar nicht, wie kompliziert es ist, in einer alten Stadt wie Weimar Bäume zu pflanzen», berichtet Thomas Bleicher aus eigener Erfahrung. Jeder Betrieb, der für Kabel, Rohre usw. verantwortlich sei, müsse einen Schachtschein ausstellen. Das bedeutet für die Mitglieder der Interessengemeinschaft alles in allem «viel Lauferei, Gespräche, Ärger». Nehme man noch alle anderen Richtlinien und Vorschriften hinzu, «bleibt für die Bäume nicht mehr viel übrig».

Eigentlich ist für das «öffentliche Grün» in der Klassikerstadt der «VEB Stadtgärtnerei» verantwortlich, doch kann der mit seinen geringen Kapazitäten und Mitteln den Aufgaben nicht gerecht werden.

Wissenschaftlerinnen in der DDR sind von Spitzenpositionen an den Hoch- und Fachschulen nach wie vor weitgehend ausgeschlossen.

Wie Hans-Joachim Böhme, Minister für Hoch- und Fachschulwissen der DDR, kürzlich auf der Rektorenkonferenz der DDR in Magdeburg mitteilte, beträgt der Anteil der Frauen auf der Leistungsebene in wissenschaftlichen Einrichtungen lediglich 4,6 und bei den Lehrstuhlinhabern 4,8 Prozent. Nach seinen Angaben waren nur 7 Prozent der zwischen 1981 und 1988 berufenen Wissenschaftler Frauen. An der Universität Rostock liege der Frauenanteil bei den ordentlichen Professoren bei 3,8, an der Universität Jena bei 3,4 und an der Universität Greifswald bei 2,9 Prozent, an den drei Technischen Universitäten in Magdeburg, Dresden und Karl-Marx-Stadt nur wenig über 1 Prozent. Lediglich die Humboldt-Universität in (Ost-)Berlin und die Hochschule für Ökonomie in (Ost-)Berlin-Karlshorst mit einem Frauenanteil von 11 bzw. 7,5 Prozent hätten mit diesem «weit über dem Durchschnitt» liegenden Anteil «beispielhafte Arbeit» geleistet.



Der abgewandelte Western. («Szpilki», Warschau, Nr. 25/1989)

UdSSR

Die steigende Kriminalitätsrate in Moskau hat nach Ansicht von Beobachtern zu einer Atmosphäre der Unsicherheit geführt.

Das neueste Beispiel des sich fortsetzenden Trends sind die Erlebnisse eines argentinischen Chors, der kürzlich überstürzt ein Konzert im renommierten Moskauer Konservatorium abgesagt hatte. Den Sängern waren fast ein Dutzend Kameras und mehrere hundert US-Dollar gestohlen worden. Die Erlebnisse der argentinischen Sänger sind nur die Spitze eines Eisbergs. In einem kürzlich von der Regierungszeitung «Iswestija» veröffentlichten Artikel hiess es, die Zahl der bewaffneten Überfälle sei in der Sowjetunion etwa anderthalbmal grösser als in den ersten vier Monaten des Vorjahrs. In ähnlicher Masse hätten auch die Wohnungseinbrüche zugenommen. Taxifahrer berichten davon, dass ihr Job wegen der Gefahr, ausgeraubt zu werden, mittlerweile zu einem Alptraum geworden sei. Private Restaurants und Kooperativen (halbprivate Unternehmen) wurden wiederholt Opfer von Gangstern. In einer Rede vor dem Zentralkomitee warf Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow seinen Kollegen vor, sie hätten die durch die Reformen mitverursachte steigende Kriminalitätsrate nicht vorhergesehen. «Wir haben uns hier offensichtlich verkalkuliert. Wir hätten von Anfang an im Auge behalten müssen, dass eine Ausweitung der Demokratie und der Humanisierung des Lebens von einem rücksichtslosen Feldzug gegen kriminelle Elemente begleitet sein muss», sagte er. «Besonders alarmierend» sei die Situation in Armenien, Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenien sowie der russischen Wolgaregion. Auch in Moskau und in Leningrad seien Gesetz und Ordnung zurückgegangen.

rs

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 52.—
(Ausland sFr. 57.—/DM 68.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

17/89

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6